

Tagungsbericht

Energiewende mit Marktwirtschaft: eine bessere Strategie

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft
am 28. April 2015 in Berlin



Inhaltsverzeichnis

- 2 Einführung**
Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft
- 3 Eine marktwirtschaftlich gewendete Energiewende? Die Sicht von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft**
Rainer Baake
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
- 4 Prof. Dr. Justus Haucap**
Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), Mitglied im Kronberger Kreis
- 5 Dr.-Ing. Leonhard Birnbaum**
Mitglied des Vorstands, E.ON SE
- 6 Kapazitätsmarkt, Stromtrassen, EEG, Emissionshandel – Koordinierte Energiepolitik oder interessengeleitetes Stückwerk?**
Thomas Bareiß MdB
Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Florian Post MdB
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- 7 Oliver Krischer MdB**
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Hildegard Müller
Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)
- 8 Abschlussdiskussion**
Moderation der Veranstaltung:
Michael Bachmüller
Süddeutsche Zeitung



(v.li.)
 Thomas Bareiß MdB
 Dr.-Ing. Leonhard Birnbaum
 Rainer Baake

Prof. Dr. Justus Haucap
 Michael Bachmüller
 Oliver Krischer MdB

Florian Post MdB
 Hildegard Müller
 Prof. Dr. Michael Eilfort



Einführung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

„Könnte und sollte die Energiewende nicht gerade durch weniger Verbote, weniger Gebote, weniger Regulierung und vor allem durch weniger Subventionen zum Erfolg geführt werden?“, begrüßt Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die mehr als 200 Gäste der Tagung „Energiewende mit Marktwirtschaft: eine bessere Strategie“. Um in der internationalen Debatte um den Klimaschutz nicht isoliert dazustehen, müsse die deutsche Energiewende als gangbares Vorbild wahrgenommen werden und dürfe nicht abschreckend wirken. Aufgrund der hohen Kosten der Energiewende und des ständigen Eingreifens der Politik in den freien Markt sei die Vorbildfunktion der deutschen Energiepolitik diesbezüglich jedoch mehr als fraglich.

„Bedauerlich ist außerdem, dass jenseits jeder sachlichen und energiepolitischen Argumente die Energiewende zur Spielmasse im föderalistischen Geschacher geworden ist“, mahnt Eilfort. So werde die Umverteilungswirkung der über den Strompreis finanzierten Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) z.B. in Richtung Bayern als eine Art Kompensation für den Länderfinanzausgleich interpretiert. Ferner rühre der Widerstand gegen den geplanten Netzausbau von Nord nach Süd auch daher, dass dann in Süddeutschland weniger Kraftwerke anfielen und sich die Gewerbesteuererinnahmen dadurch nach Norddeutschland, wo der Strom hauptsächlich produziert werde, verschöben.

„Nur wer mit dem Strom schwimmt, wird das Meer erreichen.“ Dieses Zitat von Konfuzius mit einer für die Energiepolitik modernen und vorausschauenden Doppeldeutigkeit, sollte in den anschließenden Diskussionen der Tagung im Hinterkopf behalten werden, so der Stiftungsvorstand. Schließlich gelte es auch zu diskutieren, ob die deutsche Energiewende eine koordinierte Energiepolitik oder vielmehr ein interessengeleitetes Stückwerk darstelle.

Eine marktwirtschaftlich gewendete Energiewende? Die Sicht von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft

Rainer Baake

Staatssekretär im Bundesministerium
für Wirtschaft und Energie

„Ein sorgfältig durchdachter Rahmen ist die Vorbedingung für ein ersprießliches Funktionieren der Konkurrenz“. Dieses Zitat des Ökonomen Friedrich-August von Hayek könne als Leitmotiv für die Umsetzung der Energiewende in Deutschland herangezogen werden, eröffnet Rainer Baake, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, seinen Vortrag. Es gebe keinen effizienteren Steuerungsmechanismus als den freien Markt. Damit dieser seine volle Effizienz zum Ausdruck bringen könne, müssten aber die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Für Baake bestehe die zentrale Aufgabe der Energiepolitik daher nicht mehr darin, bestimmte Technologien auszuwählen und zur Marktreife zu führen, sondern ein neues Stromsystem zu entwickeln, das zu wettbewerbsfähigen Preisen führe, Investitionen in die effizientesten Kraftwerks- und Flexibilitätsoptionen anreizt und zudem in der Lage sei, Versorgungssicherheit zu garantieren.

„Mit der grundlegenden Reform des EEG haben wir im vergangenen Jahr einen wichtigen Schritt hin zu einem wettbewerblichen System der Förderung erneuerbarer Energien unternommen“, unterstreicht Baake. Die Reform habe unter anderem die Verpflichtung zur Direktvermarktung eingeführt. Die vorherigen festen Einspeisetarife, welche für die Zeit der Technologieförderung vernünftig und angebracht gewesen seien, wurden durch eine gleitende Marktprämie ersetzt. „Trotz anfänglicher Skepsis von vielen Seiten sieht man nun, dass die verpflichtende Direktvermarktung die erneuerbaren Energien systemdienlich in den Markt integriert“, erläutert der Staatssekretär. Zudem sollten die bisher administrativ festgelegten Fördersätze für erneuerbare Energien künftig durch wettbewerbliche Ausschreibungen bestimmt werden. Eine erste Testausschreibung sei kürzlich mit positivem Ergebnis durchgeführt worden. „Es hat deutlich mehr Angebote gegeben, als in der ersten Ausschreibungsrunde vergeben werden konnten“, zeigt sich Baake zufrieden.

Hinsichtlich des Marktdesigns plädiert Baake für einen Strommarkt 2.0, in dem Preissignale unverfälscht beim Erzeuger und den Konsumenten ankämen. Eines zusätzlichen Kapazitätsmarktes bedürfe es nicht. Im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte in den 1990er Jahren habe man in den USA und etwas später auch in Europa die Strombörse eingeführt, die seitdem dafür Sorge, dass der Nachfrage entsprechend immer die kostengünstigsten



Kraftwerke Strom produzierten und die teureren nur dann, wenn sie gebraucht würden. Aus Sorge vor mangelnden Investitionsanreizen für solche Kraftwerke, die nur zu Zeiten der Spitzennachfrage für wenige Stunden im Jahr gebraucht würden, habe man in den USA und beispielsweise auch in Frankreich einen Kapazitätsmarkt eingerichtet. Zwar würde in Deutschland manchmal konstatiert, dass es einen solchen Markt bräuchte. Auf Basis wissenschaftlicher Studien und im Rahmen des Grünbuch- und Weißbuchprozesses des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sei allerdings entschieden worden, dass ein Kapazitätsmarkt vor dem Hintergrund großer Überkapazitäten in Deutschland und Europa und aufgrund zukünftiger Preisspitzen an den Stromgroßhandelsmärkten nicht erforderlich sei.

Zur Beseitigung von Netzengpässen müsse zudem der Netzausbau weiter vorangetrieben werden. „Derzeit verzerren Netzengpässe innerhalb Deutschlands und an den Grenzen mit unseren europäischen Nachbarstaaten die Strompreise für Endkunden in Deutschland“, argumentiert Baake. Ein Stromanbieter aus Norddeutschland könne seinen Strom wegen fehlender Stromleitungen nicht adäquat zum Kunden in Süddeutschland transportieren. Dadurch entstünden Marktverzerrungen und zusätzliche Kosten durch Redispatch, die auf den Stromkunden umgewälzt würden. Einerseits müsse dann ein anderes, teureres Kraftwerk in der näheren Umgebung des Kunden hochgefahren und schließlich für den gelieferten Strom bezahlt werden. Andererseits werde der Stromanbieter aus dem Norden entschädigt. Früher oder später werde dies zu einer regionalen Trennung von Marktgebieten führen. „Das wollen wir nicht. Wir wollen die einheitliche Strompreiszone in Deutschland erhalten und dafür ist der zügige Netzausbau dringend notwendig“, erklärt Baake.

Weiteren Handlungsbedarf sieht der Staatssekretär bei der Umsetzung der Energie- und Klimaziele der EU für das Jahr 2030. „Es müssen Vorschläge auf den Tisch, die umsetzbar und finanzierbar sind, mit denen aber gleichzeitig die gesetzten Ziele sicher erreicht werden.“ Da man sich in einem europäischen Rahmen bewege, sei es wichtig, die nächsten Schritte gemeinschaftlich zu

Prof. Dr. Justus Haucap

Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), Mitglied im Kronberger Kreis

„Wenn Deutschland wirklich etwas für den Klimaschutz bewirken wollte, dann sollte es Vorreiter im europäischen Emissionshandel EU-ETS werden und andere Sektoren wie den Verkehr und die Landwirtschaft in den Handel einbeziehen“, empfiehlt Prof. Dr. Justus Haucap. Der Gründungsdirektor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) und Mitglied des Kronberger Kreises, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, gibt zugleich zu bedenken, dass Deutschland den Klimawandel nicht allein bewerkstelligen könne, da es nur ungefähr zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verursache. Deswegen müsse man darauf setzen, weitere Länder als Nachahmer zu gewinnen.

Die Frage sei nun, wie andere Länder auf die Klimapolitik Deutschlands reagieren könnten. Dafür nennt Haucap zwei Theorien: Entweder hielten sie sich vornehm zurück und setzten sich weniger für den Klimaschutz ein, oder aber sie täten es dem Vorreiter gleich und bemühten sich um den Klimaschutz. Nachahmer werde es aber nur dann geben, wenn die Kosten der Energiewende nicht aus dem Ruder liefen, Arbeitsplätze nicht gefährdet seien und die Stromversorgung gesichert bliebe.

Diese Bedingungen seien beim europäischen Emissionshandel erfüllt. „Deswegen ist das EU-ETS das beste Instrument zur Reduktion von Treibhausgasen“, schlussfolgert Haucap. Es garantiere, CO₂ effizient und kostengünstig zu reduzieren und ermögliche zudem, Drittstaaten daran teilnehmen zu lassen. Der Klimaeffekt des EEG sei dahingegen gleich Null. Denn die Menge an EEG-Strom habe keine Auswirkung auf die Gesamtmenge an CO₂-Ausstoß. Im Gegenteil sinke durch die Zunahme des EEG-Stroms in Deutschland die Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten, wodurch diese wiederum billiger würden. Folglich könnten klimaschädlichere Braunkohlekraftwerke wieder günstiger CO₂ ausstoßen und Strom produzieren. Trotz des fehlenden Klimaeffekts gebe Deutschland 23 Milliarden Euro für das EEG aus.

Im Braunkohlesektor habe man mit der angedachten Klimaabgabe zudem ein Instrument platzieren wollen, das die Strompreise möglicherweise nach oben treiben würde, vermutet Haucap. Erhöhe sich der Strompreis, könne sich

definieren. Aus der Beschlusslage des vergangenen Jahres sei erkennbar, dass „in Europa – wenn auch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten – alle in dieselbe Richtung gehen.“ Er sei daher optimistisch, dass letztlich die gesetzten Ziele für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz auf nationaler wie auch internationaler Ebene erreicht werden.



im Gegenzug die EEG-Umlage verringern, die immer den Differenzbetrag zwischen Strompreis und Einspeisetarif erstattet. „Dann sieht die EEG-Umlage nicht mehr so teuer aus, ist aber dennoch ökonomisch nicht sinnvoll“, so Haucap. Die angedachte Klimaabgabe sei daher ein rein politisches Argument sowie Augenwischerei gewesen und habe weniger mit globalem Klimaschutz zu tun gehabt.

Betrachte man indes die CO₂-Bilanz Deutschlands isoliert, müsse man feststellen, dass die Treibhausgasemissionen seit 2009 wieder ansteigen. Um dem entgegenzuwirken, schlägt Haucap vor, die Anzahl der CO₂-Zertifikate im Markt zu reduzieren. Beispielsweise könne man die bei der Klimaabgabe ins Visier genommenen 22 Millionen Tonnen CO₂ als Zertifikate aus dem Markt kaufen. Wenn jedes Zertifikat 7 Euro kostet, dann zahle man insgesamt 154 Millionen Euro – im Vergleich zu den 23 Milliarden Euro, die Deutschland für das EEG ausbebe, ein kleiner Betrag. Falls man den CO₂-Ausstoß weiter reduzieren wolle, könne man noch mehr Zertifikate aus dem Markt kaufen. In jedem Fall sei eine effiziente Reduktion von CO₂ garantiert.

Die Einführung von Kapazitätsmärkten hält Haucap zudem nicht für notwendig. „Ich sehe keine substantielle Evidenz für ein Marktversagen“, konstatiert er. Deutschlandweit habe man einen Überschuss an Kapazitäten. Zwar gebe es regionale Engpässe, doch könne man dieses Problem durch Netzausbau lösen. Mit der Einführung eines Kapazitätsmarktes bestünde außerdem die Gefahr, neben dem Bereich der erneuerbaren Energien auch im Bereich der konventionellen Energien einen Subventionstatbestand auszulösen. Dafür müsse dann wieder der Steuerzahler aufkommen.

Diskussion mit politischen Impulsstatements

6 Kapazitätsmarkt, Stromtrassen, EEG, Emissionshandel – Koordinierte Energiepolitik oder interessengeleitetes Stückwerk?



Thomas Bareiß MdB

*Energiebeauftragter
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

„Wir sollten mehr Marktwirtschaft in die einzelnen Elemente einfließen lassen und daraus eine neue Strategie entwickeln“, fordert Thomas Bareiß, Mitglied des Bundestages und Energiebeauftragter der CDU/CSU-Fraktion. Viele Probleme löse man nur, wenn man mehr Wettbewerb in das System bringe.

Im Bereich der erneuerbaren Energien sei ein Systemwechsel dringend notwendig. Mit dem EEG 2014 gehe man in die richtige Richtung, doch seien größere Schritte erforderlich. Dazu gehöre ein gut durchdachtes Ausschreibungsmodell, das die Grundlage für die nächsten Zubauraten setze und den Innovationsdruck bei den erneuerbaren Energien aufbaue. „Letztendlich soll der Markt den Preis gestalten, nicht der Bundestag“, befindet Bareiß.

Auch im Strommarkt sei es wichtig, mehr Markt zuzulassen und nicht neue Steuerungselemente einzubauen. Er könne sich vorstellen, dass der Strommarkt 2.0, wie ihn Staatssekretär Baake beschrieben habe, durchaus in den nächsten Jahren die Kraft entfalte, um einerseits Bestandskraftwerke am Netz zu lassen und andererseits Neuinvestitionen möglich zu machen. Beides werde man in den nächsten Jahren brauchen. Allerdings sei in einem Europa, in dem Kapazitätsmärkte aufgebaut werden, durchaus die Frage zu stellen, ob genügend Preisimpulse für Neuinvestitionen gesetzt werden können, um jene Investitionen auch loszutreten. Langfristig müsse man den Strommarkt in einem europäischen Kontext sehen.

Gleiches gelte auch für den Klimaschutz. „Wir können in Europa keine Parallelsysteme aufbauen“, mahnt Bareiß.

Für ihn sei das EU-ETS das zentrale Instrument zur Vermeidung von CO₂-Emissionen. Deswegen müsse dieses System weiterhin unterstützt und auch außerhalb Europas beworben werden.



Florian Post MdB

*Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
der SPD-Bundestagsfraktion*

„Wie viel Staat ist nötig und wie viel Markt möglich?“, fragt Florian Post, Mitglied des Bundestages und des Ausschusses für Wirtschaft und Energie der SPD-Bundestagsfraktion. Die Energiewende befände sich derzeit in einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite werde viel von der Politik gesteuert, wie beispielsweise an den enormen Subventionen für die EEG-Umlage zu erkennen ist. Auf der anderen Seite habe erst dieses Instrument einigen Technologien den Markteintritt ermöglicht. Mittlerweile sei man sogar dank dieser Politik nicht mehr nur in der Phase des Markteintritts, sondern in einer Phase von 28 Prozent der Marktdurchdringung.

Bei der Reform des Strommarktdesigns teile Post die Einschätzung Baakes und plädiert für einen Strommarkt 2.0 mit strategischer Reserve. Er sei davon überzeugt, dass marktwirtschaftliche Elemente zum Zuge kommen werden und dadurch Angebot und Nachfrage in Einklang gebracht werden können. Das Zulassen von Preisspitzen sei Voraussetzung dafür, dass weitere Investitionen erfolgten und der Energy-Only-Markt ein Erfolg werde.

Auch würden Investitionen nur dann getätigt, wenn man sich auf den Bestandsschutz im Markt verlassen könne. Allein die Diskussion der damals schwarz-gelben Koalition, in den Bestandsschutz eingreifen zu wollen, habe „zu einem

gewissen Investitionsstopp bei dem Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt“. Es sei demnach wichtig, die Ziele, die im schwarz-roten Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden, nicht wieder durch Diskussionen infrage zu stellen. Dann, so glaubt Post, werde die Klimaschutzpolitik der Großen Koalition zum Erfolg führen.



Oliver Krischer MdB

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wenn das so in einer Ehe abläuft, dann ist nur noch die Frage, wann der Scheidungstermin ist“, überrascht der stellvertretende Vorsitzende der Grünenfraktion Oliver Krischer MdB die Zuhörer zu Beginn seines Statements. Damit nimmt er Bezug auf den von Bauchmüller erwähnten Angriff seitens der Union gegen einen Plan des SPD-Parteichefs Sigmar Gabriel. Er habe manchmal den Eindruck, als Grüner näher bei der Kanzlerin und beim Vizekanzler zu sein als Teile der Koalition.

Gleichzeitig sei er sehr darüber erschüttert, was in der Großen Koalition zum Thema Netzausbau passiere. Es könne nicht sein, dass sich „ein zentrales Element der Bundesregierung und ein großes Bundesland völlig aus der Debatte verabschieden“ und sich weigern, bei sich Leitungen zu bauen. „Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Energiewende nicht gelingt.“

Mit dem EEG habe man erreicht, dass erneuerbare Energien günstiger geworden seien. Nun müsse man ein Instrument finden, das einen kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglicht. Dabei „spielen selbstverständlich marktwirtschaftliche Prinzipien eine Rolle.“ Um Erzeugung und Bedarf zusammenzubringen, sei die Direktvermarktung ein guter Ansatz. Jedoch kritisiert Krischer, dass der Erzeuger zur Direktvermarktung an der Börse verpflichtet wird. Dies führe dazu, dass die Börsenpreise an der Stelle nach unten trieben. Auch das Ausschreibungsmodell sei ein Ansatz der Großen Koalition, dem er skeptisch gegenüber stünde. Die Erfahrungen mit Ausschreibungen im Ausland seien bisher eher negativ, erklärt Krischer.

Positiv sehe er hingegen das Grünbuch der Bundesregierung, „in dem vieles Richtig steht.“ Nur wolle er sich

nicht allein auf den Energy-Only-Markt verlassen, der nur die erzeugte Kilowattstunde vergütet. Denn wenn Flexibilität ein zentrales Element des Strommarkts werden soll, bräuhete man ein Marktinstrument, das am Ende auch diese Flexibilität vergütet, resümiert Krischer.

7



Hildegard Müller

Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands
der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

Die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft sieht das Grundproblem der Energiewende in der augenscheinlichen Orientierungslosigkeit der verantwortlichen Politik. Die Energiepolitik mische sich mittlerweile in zu viele Bereiche ein, die sie besser dem freien Markt überlassen sollte, befindet Hildegard Müller. Auch die zunehmende und teils inflationäre Verwendung des Begriffs „Marktwirtschaft“ bei eindeutig politisch gesteuerten Projekten könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass interessengeleitete Klientelpolitik betrieben werde.

Wichtig sei auch, nach den Folgewirkungen bestimmter Instrumente für bestehende Märkte aufmerksam zu machen. So müsse zum Beispiel diskutiert werden, welche Konsequenzen ein Eingreifen in den Strommarkt für die Regionen, den Tagebau und die dort ansässigen Unternehmen haben könnte. „Die absolute Banalisierung dieses Themas ist in der Debatte nicht hilfreich“, gibt Müller zu bedenken.

Die Politik neige zudem dazu, fehlende CO₂-Einsparungen über andere Sektoren ausgleichen zu wollen. „Doch wer die nationalen Hausaufgaben nicht macht, darf sich nicht beschweren und sich an anderer Stelle bedienen“, appelliert Müller. Weder bei der Gebäudesanierung noch im Verkehr seien die Hausaufgaben gemacht worden. Hier würden erhebliche Einsparpotenziale verschenkt.

Schließlich müsse auch der Netzausbau weiter vorangetrieben werden. „Doch in jedem Ort, in dem auch nur ansatzweise von Netzausbau die Rede ist, sehe ich die Plakate ‚Kein Netzausbau! Tötet unsere Region nicht!‘“, beklagt Müller. Bund und Länder seien aber scheinbar nicht in der Lage, koordiniert vorzugehen und ihre Einzelinteressen zurückzustellen.

Abschlussdiskussion

Vom Moderator der Tagung und Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung, Michael Bauchmüller, in der Abschlussdiskussion auf das Thema Netzausbau angesprochen, äußert Post die Kritik, dass sich der kleinste Koalitionspartner so vehement gegen den geplanten Ausbau von Stromleitungen stelle. „Wenn wir eine echte Energiewende in Deutschland und Bayern voranbringen wollen, ist das nur mit einem entschlossenen Netzausbau zu erreichen.“ Schließlich sei es auch Aufgabe der Politik, irgendwann zu sagen: „Wir machen das jetzt!“ Das Gemeinwohl sei nicht die Summe aller Einzelinteressen.

Auch Bareiß zeigt sich davon überzeugt, dass ein Ausbau von Netzen und Speichertechnologien in Deutschland notwendig sei. Es müsse in den betroffenen Regionen aber mehr Aufklärungsarbeit geleistet und kritische Stimmen ernst genommen werden. „Denn wir schaffen die Energiewende nur dann, wenn wir die Akzeptanz auch vor Ort finden“, mahnt der CDU-Abgeordnete.

Für Krischer liegt das Hauptproblem in der inzwischen verbreiteten Mentalität, sich zwar zu immer neuen Zielen zu bekennen, sich aber aus der Bereitschaft zurückzuziehen, sobald es um die Umsetzung dieser Ziele gehe. Die Herausforderung in der Energiepolitik liege in den vielen unterschiedlichen Interessen, die bei dieser Thematik aufeinanderträfen. „Den einen geht es nicht schnell genug voran, die anderen wollen ihr vorhandenes Geschäftsmodell erhalten und schützen.“

Zur Lösung des Konflikts unterschiedlicher Interessen macht Haucap nochmals auf die Vorteilhaftigkeit einer freien Marktwirtschaft aufmerksam. Nur wenn der Markt frei von

Subventionen sei und die Marktteilnehmer in einem fairen Wettbewerb zueinander stünden, könnten sich die effizientesten Ideen und Technologien durchsetzen. Bisher habe die Politik der Energiewende aber mehrheitlich durch enorme Subventionstatbestände und viele kleinteilige Vorschriften zugunsten weniger Marktteilnehmer auf sich aufmerksam gemacht. Ein wirklich freier Markt im Energiebereich habe sich bislang nicht gebildet, auch wenn die Politik immer wieder von marktwirtschaftlichen Elementen spreche. Eine Energiewende, die auf freie und unverzerrte Märkte vertraue, sei aber nicht nur aus theoretischer Sicht die bessere Strategie. „Wir brauchen mehr Marktwirtschaft in der Energiewende, damit diese bei den Bürgern vor Ort mehr Akzeptanz erfährt, sie insgesamt bezahlbar und innovationsgetrieben wird und somit auch im Ausland mehr Nachahmer finden kann“, erklärt Haucap.

In seinem Schlusswort bedankt sich Eilfort bei den Referenten, Teilnehmern und dem Moderator der Tagung für die anregenden Diskussionen. Trotz hoher Kosten nehme die Energiewende immerhin in Bezug auf die Kostentransparenz für den Bürger teilweise eine Vorreiterrolle ein. Schließlich würde aus der Stromrechnung direkt ersichtlich, wie viel man für das EEG zu zahlen habe. Dies werde das Bewusstsein für die Energie(wende)effizienz zunehmend schärfen.

Impressum

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0, www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text: **Dr. Jörg König und Katharina Barrios**
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann



Hildegard Müller, Oliver Krischer MdB, Florian Post MdB, Thomas Bareiß MdB, der Moderator der Veranstaltung Michael Bauchmüller, Dr.-Ing. Leonhard Birnbaum und Rainer Baake (v.l.).